

ISI

Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung * Gesellschaftliche Trends * Aktuelle Informationen

Nr. 12
Juli 1994

Eine ZUMA
Publikation

Studentenberge und Lehrlingstäler:

Droht die Akademisierung der Gesellschaft?

Mit diesem Beitrag wird eine Thematik aufgegriffen, die in den letzten Monaten immer wieder für Schlagzeilen gesorgt hat. In Pressemeldungen und Kommentaren wurde eine Aussage der Deutschen Rektorenkonferenz aufgegriffen, es gäbe inzwischen mehr Studenten als Lehrlinge, was der deutschen Wirtschaft langfristig eher schade als nütze und zudem ein Grund für die Misere an den Hochschulen sei. In diesem Zusammenhang wurden eine Stärkung der beruflichen Bildung, ein restriktiverer Hochschulzugang und schärfere Studienbedingungen gefordert und teilweise auch schon realisiert. Die Öffentlichkeit hat sich bislang mit dieser Aussage kaum kritisch auseinandergesetzt, und auch von Seiten der Wissenschaft war die Resonanz eher gering. Dies ist vor allem deshalb verwunderlich, weil diese Behauptung unter methodischen Gesichtspunkten problematisch ist und auch Ursachen nicht benannt werden.

Weniger Lehrlinge und mehr Studenten

Mit dem intensiven Ausbau des weiterführenden Schulsystems und der zumindest ansatzweise geglückten Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsbereichen in den siebziger Jahren konnten nicht nur einige der traditionellen Benachteiligungen im Bildungssystem beseitigt werden (man denke an Dahrendorfs oft zitierte „katholische Arbeitertochter vom Lande“), sondern es änderten sich langfristig auch die Bildungsaspirationen der Bevölkerung: Bildung wurde auch von bildungsfernen Schichten immer mehr als eine notwendige - wenngleich nicht hinreichende - Ressource für beruflichen Erfolg erkannt. Die Folge war, daß die Zahl der Schüler an weiterführenden Realschulen und Gymnasien stark anstieg. Auch die Zahl der Studenten erhöhte sich kontinuierlich von circa einer halben Million im Jahre 1975 auf 1,6 Millionen in 1991, während die Zahl der Schüler in einer beruflichen Ausbildung nach dem Höhepunkt im Jahre 1984 mit 2,5 Millionen bis auf 2,1 Millionen in 1991 zurückging. Dies war der Anlaß für die Diskussion um

das Mißverhältnis von „zu vielen Studenten“ und „zu wenig Lehrlingen“. In den Medien erscheint diese Entwicklung oftmals noch dramatischer, wenn dort häufig nur die Zahl der Lehrlinge mit der Zahl der Studenten verglichen wird, nicht aber die Schüler berücksichtigt werden, die in einer beruflichen Ausbildung stehen: 1991 gab es 1,67 Millionen Lehrlinge, aber 2,13 Millionen Schüler in einer nichtakademischen beruflichen Ausbildung, wie z.B. Berufssonderschulen, Berufsaufbauschulen oder Fachschulen, die oft in ähnliche berufliche Positionen führen wie eine betriebliche Lehre. Bei der Interpretation dieses Sachverhaltes sind jedoch verschiedene Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die in der öffentlichen Diskussion nicht thematisiert werden.

Die Zahl der Schüler im dualen Ausbildungssystem wird aufgrund der durchschnittlich dreijährigen Ausbildung im wesentlichen von den 15- bis 19jährigen bestimmt, in den achtziger Jahren mit etwas steigender Tendenz beim Alter: Nach der Bildungsgesamtrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wechseln auch zunehmend mehr Schüler mit Hochschulreife zunächst in das duale Ausbildungssystem - in den

Inhalt

Studentenberge und Lehrlingstäler	1
Zustand der öffentlichen Sicherheit beeinträchtigt Wohlbefinden der Bürger	5
Wandel der Lebensverhältnisse in Deutschland - Konferenz der Sektion Sozialindikatoren der DGS	9
Verbesserungen der Umwelt im Osten - doch für die Bürger gibt es zur Zeit Wichtigeres	10
Buchbesprechung: Porträt der Regionen	15

achtziger Jahren zwischen zehn und 18 Prozent eines Ausbildungsjahrgangs. Dagegen rekrutiert sich die Zahl der Studenten aus fast zehn Jahrgängen, was einerseits auf die durchschnittliche Studierdauer von 13 bis 14 Semestern, andererseits auf den Trend zu einem höheren Durchschnittsalter der Studienanfänger zurückzuführen ist. Seit den siebziger Jahren steigt die Zahl der Studenten, die z.B. erst nach einer Berufsausbildung ein Studium beginnen. So waren 1990 nur noch 28 Prozent der Studierenden jünger als 24, aber bereits 30 Prozent älter als 28 Jahre (13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes). 1988 betrug das durchschnittliche Examensalter nach Ergebnissen der Hochschulstatistik 28 Jahre. Hinzu kommt eine demographische Komponente. Die Annäherung der Studenten- und Lehrlingszahlen ist nicht nur dadurch bedingt, daß zunehmend mehr junge Leute der dualen Ausbildung den Rücken kehren, sondern vor allem auch dadurch, daß sich die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre gegenwärtig noch in der universitären Ausbildung befinden, während sich die meist 15- bis 19jährigen Lehrlinge schon aus den geburtenschwächeren Jahrgängen der siebziger Jahre rekrutieren. Zum Vergleich: 1966 betrug die Anzahl der Geburten circa eine Million; 1975 dagegen nur noch circa 600.000. Seit Anfang der neunziger Jahre gibt es eine leicht rückläufige Entwicklung bei den Erstsemesterzahlen als Folge der demographischen Entwicklung, die jedoch nicht so stark ausfällt wie vermutet, da der demographische Effekt durch die zunehmende Studierneigung kompensiert wird.

Nur eine Minderheit studiert

Aufgrund der erheblichen Schwankungen in der Stärke von Geburtskohorten, die sukzessive die verschiedenen Bildungseinrichtungen durchlaufen, bietet eine Betrachtung der absoluten Zahlen kein eindeutig zu interpretierendes Bild. Die absoluten Werte müssen auf die jeweiligen Bevölkerungszahlen bezogen werden. In den Medien wurde mehrfach die Aussage der deutschen Rektorenkonferenz aufgegriffen, daß 30 Prozent eines Jahrgangs studieren würden. Langfristige Prognosen der Kultusminister gehen sogar davon aus, daß der Studentenanteil im Jahr 2000 40 Prozent eines Jahrgangs betragen werde. Um die Aussage der Rektorenkonferenz zu überprüfen, wur-

den mit dem Mikrozensus 1989 jeweils die Anteile von Studenten (an Hoch- und Fachhochschulen) und Schülern (an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen) für die Altersjahrgänge zwischen 19 und 30 Jahren berechnet.

Der Mikrozensus ist eine jährlich stattfindende repräsentative amtliche Stichprobenerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Die Stichprobengröße beträgt ein Prozent der Bevölkerung. 1989 waren dies circa 600.000 Personen in 250.000 Haushalten. Der Stichprobenumfang und die Tatsache, daß es sich um eine Erhebung mit Auskunftspflicht handelt, erlaubt zuverlässige Aussagen auch noch auf der niedrigen Aggregationsstufe von einzelnen Altersjahrgängen.

Maximal 17 Prozent eines Jahrgangs studieren

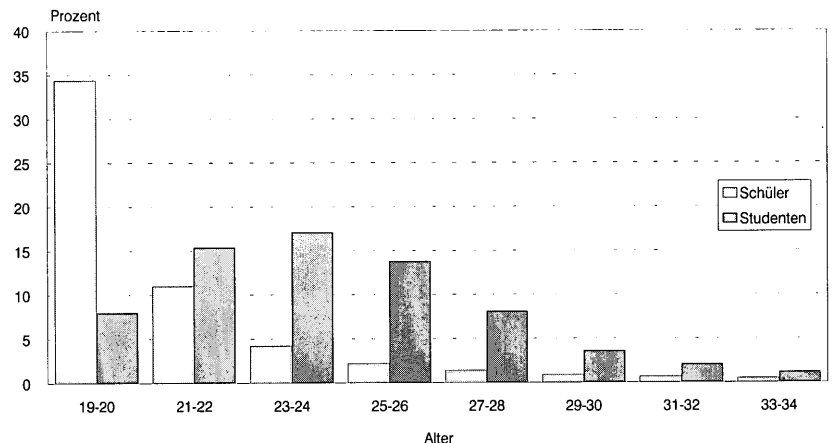
Wie der Grafik 1 zu entnehmen ist, findet sich die höchste Studentenquote mit circa 16 Prozent in der Gruppe der 23jährigen. Die plakative Aussage „Mehr Studenten als Lehrlinge“ ist somit nicht nur auf der Ebene der absoluten Zahlen kritisch zu beurteilen; sie ist auch bei der Betrachtung nach Quoten nicht aufrecht zu erhalten. Die in der Öffentlichkeit diskutierten Quoten von 30 Prozent resultieren daraus, daß in der Regel nicht die Anzahl der Studenten eines Jahrgangs auf die Anzahl aller Personen dieses Jahrgangs bezogen wird, sondern die Ge-

samtzahl aller eingeschriebenen Studenten auf eine bestimmte Altersgruppe, z.B. auf die 19- bis 26jährigen. Auf diese Weise kommt man jedoch, wie wir oben schon gesehen haben, unweigerlich zu überhöhten Zahlen, da sich die Gesamtzahl der Studenten aus wesentlich mehr Altersjahrgängen rekrutiert als die Zahl der Lehrlinge.

Eine Akademisierung der Gesellschaft findet nicht statt

Die These der zunehmenden Akademisierung unterstellt, daß der Wirtschaft damit die benötigten Fachkräfte entzogen würden. Ob dies zutrifft, läßt sich beantworten, wenn man die gesamte Ausbildungsstruktur eines Jahrgangs betrachtet, also auch der Personen, die das Ausbildungssystem bereits verlassen haben und schon erwerbstätig sind. In Grafik 2 vergleichen wir den Anteil von Personen, die noch in einer akademischen Ausbildung sind einschließlich derer, die eine solche bereits abgeschlossen haben, mit den Personen, die in einer praktischen beruflichen Ausbildung stehen oder eine solche schon abgeschlossen haben. Als „akademische“ Ausbildung wird hierbei nicht nur der Hochschulbesuch/-abschluß definiert, sondern auch schon das Abitur, das prinzipiell zum Studium berechtigt - wenngleich nicht alle Abiturienten davon Gebrauch machen. Aber auch bei dieser Betrachtungsweise bestätigt sich das bereits gewonnene Bild. Der überwiegende

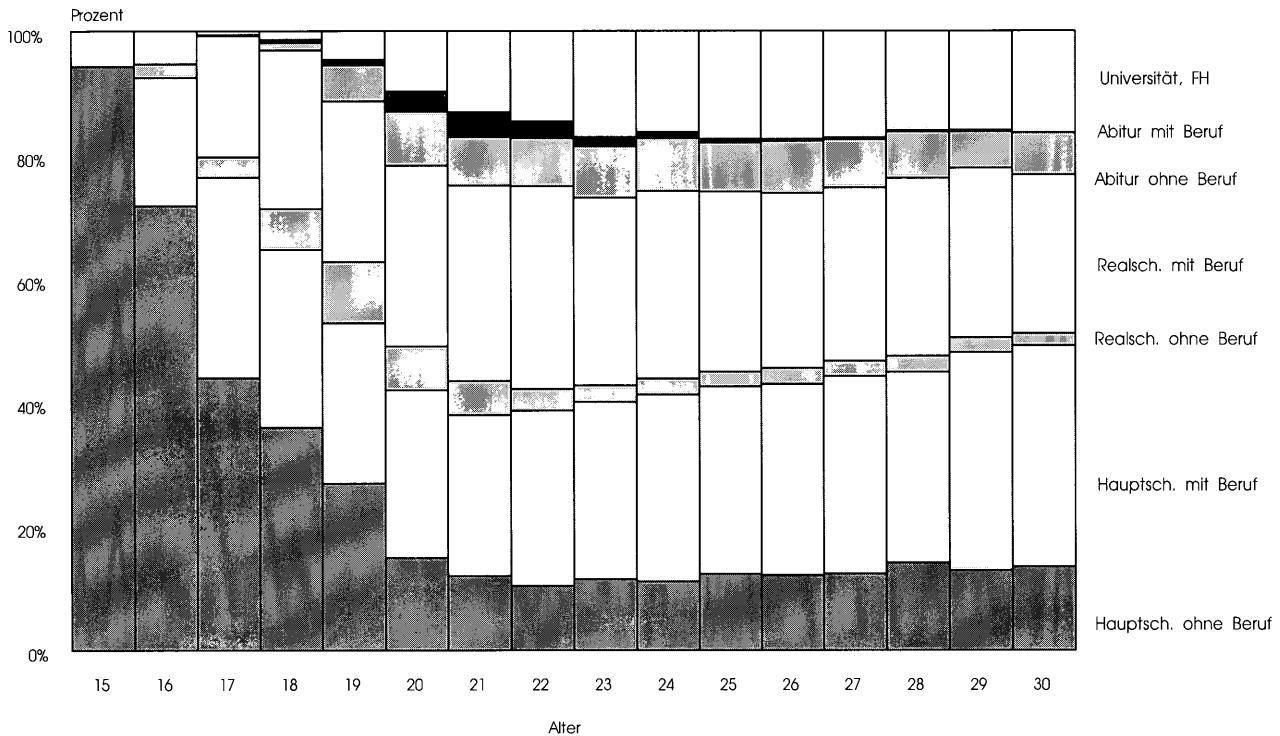
Graphik 1
19-34jährige Schüler und Studenten (in Prozent)



Schüler: Haupt- und Realschule, Gymnasien, Fachoberschule, Gesamtschule
 Studenten: Fachhoch- und Hochschule
 Datenbasis: eigene Berechnung nach Mikrozensus 1989, anonymisierte 70% Unterstichprobe des Mikrozensus (ZUMA-File)
 Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung

Graphik 2

Bildungsabschluß und Schulbesuch, 15 - 30 jährige (in Prozent)



Hauptschule: incl. ohne Abschluß

Datenbasis: eigene Berechnung nach Mikrozensus 1989, anonymisierte 70% Unterstichprobe des Mikrozensus (ZUMA-File)

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung

Teil jedes Altersjahrganges ist von der Ausbildung her auf eine betriebliche Ausbildung ausgerichtet: über 70 Prozent der 20- bis 30jährigen haben weniger als die Fachhochschul- bzw. Hochschulreife (ohne bzw. mit Berufsausbildung) und sind damit nicht studienberechtigt. Von einer „akademisierten“ Gesellschaft kann folglich wohl kaum die Rede sein. Auf der Ebene der absoluten Zahlen ist ein Vergleich der Anzahl der Absolventen aussagekräftiger als ein Vergleich der Anzahl der Studenten und Auszubildenden, da hierbei Effekte, wie unterschiedliche Verweildauern oder auch Abbrecherquoten (nach verschiedenen Schätzungen circa 20 bis 25 Prozent eines Studienjahrganges), kontrolliert werden, wengleich derartige absolute Zahlen

durch Schwankungen in den Kohortenstärken beeinflusst werden. Auch die Anzahl der beruflichen Prüfungen sinkt von der Rekordhöhe von 680.000 Prüfungen in 1987 auf 498.000 in 1991, während die Zahl der Hochschulprüfungen in den achtziger Jahren kontinuierlich von 123.000 (1980) auf 171.000 (1991) zunimmt. Allerdings werden damit auch zu Beginn der neunziger Jahre immer noch annähernd dreimal so viele berufliche Prüfungen absolviert wie Hochschulprüfungen, und die Zahl der beruflichen Prüfungen liegt 1991 etwa auf der gleichen Höhe wie am Ende der siebziger Jahre. Gleichzeitig fiel der Anstieg der Hochschulprüfungen in den letzten 20 Jahren nur gering aus. Des weiteren wurden 1990 circa 545.000 Ausbildungsverträge abge-

schlossen, also nahezu doppelt so viele, wie es Studienanfänger gab (278.000). Das vielzitierte Bild einer akademisierten Gesellschaft erscheint auch aus dieser Perspektive kaum begründet. Nach wie vor dominieren die unteren und mittleren beruflichen Ausbildungsgänge, so daß auch in naher Zukunft - jedenfalls von der Angebotsseite her - nicht mit einem Mangel an Fachkräften zu rechnen ist.

Alternative Entwicklungsmöglichkeiten

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß das Bild einer ständig abnehmenden Lehrlingspopulation sowie einer kontinuierlich steigenden Studentenquote irreführend ist, da es sich aus verschiedenen

Faktoren, wie z.B. der demographischen Entwicklung oder unterschiedlicher Verweilzeiten in den Bildungssystemen zusammensetzt, oder einfach ein Ergebnis der verwendeten statistischen Methode ist. Bei näherer Betrachtung ergibt sich auch empirisch keine Bestätigung für die These eines „bedrohlichen“ Überangebots an akademisch qualifizierten Personen. Darüber hinaus gibt es keine anerkannten Beurteilungskriterien dafür, ab wann der „Akademisierungsgrad“ einer Gesellschaft zu negativen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen führt. Die genannten Thesen gehen von einer rein numerischen Betrachtungsweise aus: Die (abnehmende) Zahl an Facharbeitern wird gegen die (zunehmende) Zahl der Studenten verrechnet. Dabei bleiben aber viele mögliche Entwicklungen und Alternativen unberücksichtigt, die - den politischen und wirtschaftlichen Willen vorausgesetzt - ein erhebliches Steuerungspotential aufweisen, um einen eventuellen Mangel an Fachkräften zu verhindern. Sie werden im folgenden kurz diskutiert.

Dem letzten Berufsbildungsbericht der Bundesregierung von 1993 zufolge wird gegenwärtig, wie auch schon in den siebziger und achtziger Jahren, aus kurzfristigen ökonomischen Erwägungen heraus das Angebot an Lehrstellen reduziert, was dazu führt, daß durch den Anstieg der Absolventenzahlen für die nächsten Jahre wieder mit einem Lehrstellenmangel zu rechnen ist. Eine Schlußfolgerung daraus müßte sein, das Angebot an Lehrstellen von konjunkturellen Entwicklungen abzukoppeln - sei es durch überbetriebliche Ausbildungsplätze oder andere Maßnahmen. Es erscheint paradox, einerseits die beruflichen Ausbildungsbedingungen oder -chancen durch den Abbau von Lehrstellen zu verringern und andererseits die zunehmende Abkehr von der Form der beruflichen Bildung zu beklagen. Diese Abkehr wird sicherlich auch dadurch gefördert, daß aufgrund der konjunkturellen Lage gegenwärtig viele Lehrlinge nach ihrer Ausbildung von den Betrieben nicht übernommen werden.

1989 hatten insgesamt circa 18 Prozent der Erwerbstätigen - dies entspricht nahezu 5 Millionen Menschen - keinen beruflichen Bildungsabschluß (eigene Berechnungen Mikrozensus 1989). Hierbei handelt es sich keineswegs nur um ältere Jahrgänge - bei denen diese Quoten sogar bis zu 30 Prozent ansteigen; auch bei den 22- bis 36jährigen liegen die Werte bei 13

bis 14 Prozent der einzelnen Jahrgänge. Nach einem Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sind rund ein Viertel der 20- bis unter 25jährigen, die über keine berufliche Ausbildung verfügen, Ausbildungsabbrecher, und mehr als die Hälfte verzichtet auf eine Ausbildung; ein Fünftel sind abgewiesene Lehrstellenbewerber. Es ist schwer nachvollziehbar, daß eine Gesellschaft, die sich pro Jahrgang bis zu 100.000 Erwerbstätige ohne beruflichen Bildungsabschluß leistet, einen Mangel an Fachkräften beklagt, anstatt die vorhandenen Qualifizierungsreserven auszuschöpfen. Zieht man nicht nur die Erwerbstätigen, sondern die gesamte Bevölkerung in die Berechnungen ein, so bleiben pro Jahrgang bis zu 200.000 Personen ohne berufliche Ausbildung.

Ein weiterer Faktor, der das Angebot an Fachkräften positiv beeinflussen kann, ist die Erwerbstätigkeit von Frauen. In Deutschland (alte Bundesländer) betrug 1991 die Erwerbsquote der 25- bis 49jährigen Frauen 74 Prozent, in den neuen Bundesländern dagegen 96 Prozent. Die Frauenerwerbstätigkeit ist sicherlich von vielen Faktoren abhängig, aber, wie auch die Beispiele der skandinavischen Länder (Finnland 84 Prozent; Dänemark: 88 Prozent; Schweden: 90 Prozent) zeigen, durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen, wie z.B. familienorientierte Arbeitszeiten, Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder Schulzeiten, erheblich zu beeinflussen. Einen negativen Effekt auf die Erwerbstätigkeit von Frauen hat sicherlich auch die noch immer vorhandene Konzentration von weiblichen Auszubildenden auf nur wenige Ausbildungsberufe - was bestimmt nicht nur an der Einstellung der jungen Frauen liegt: Nach dem Berufsbildungsbericht von 1993 konzentrieren sich 55 Prozent aller weiblichen Auszubildenden auf nur zehn Ausbildungsberufe, bei den Männern dagegen nur 38 Prozent; der Anteil der Frauen in den gewerblich-technischen Ausbildungsberufen lag beispielsweise bei 9 Prozent. Ein erhebliches Steuerungspotential für den Arbeitsmarkt liegt auch in den Zuwanderungen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln schätzt, daß Deutschland bis zum Jahre 2020 einen jährlichen Zuwanderungsbedarf von 400.000 Personen hat. Dies setzt allerdings eine aktive, eventuell an Quoten (oder gar Berufen) orientierte Zuwanderungspolitik voraus. Zudem wird der Umfang der notwendigen Zuwanderungen von der Höhe der

Frauenerwerbsquote entscheidend beeinflusst.

1990 haben 13 Prozent der männlichen und 26 Prozent der weiblichen Studienberechtigten eine betriebliche Ausbildung aufgenommen. Wenngleich diese Ausbildung für viele nur ein Durchgangsstadium zum Studium ist, könnten sicherlich viele Abiturienten - bei entsprechend interessanten beruflichen Alternativen - für eine nicht-akademische Berufskarriere gewonnen werden. Dafür sprechen noch zwei weitere Fakten: Zum einen konzentriert sich bislang über die Hälfte der Auszubildenden mit Abitur auf nur wenige Ausbildungsberufe aus dem kaufmännischen- und Bürobereich; zum anderen hatten (1988) 21 Prozent der Studierenden an Universitäten (59 Prozent an Fachhochschulen) bereits eine berufliche Ausbildung hinter sich.

Generell bleibt festzuhalten, daß eine enge Koppelung von Ausbildungsmöglichkeiten und Formen an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu kurzfristig ist: Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ändern sich zu rasch, so daß sich die vielleicht aus individueller und arbeitsmarktpolitischer Perspektive zunächst richtige Wahl eines bestimmten Ausbildungsweges am Ende als falsch erweisen kann. Deshalb ist es langfristig ökonomisch und politisch vernünftiger, Ausbildungswege und Formen nicht zu eng an temporären wirtschaftlichen Bedarf zu orientieren, sondern Möglichkeiten zu schaffen, flexibel auf Defizite bzw. Ungleichgewichte zu reagieren sowie die vorhandenen Potentiale auszuschöpfen. Der Trend zur höheren Bildung ist eines der dauerhaften Merkmale der Modernisierung, der auch durch politische Maßnahmen schwerlich rückgängig gemacht werden kann, vor allem da eine bessere Bildung - ceteris paribus - auch zu besseren Berufschancen führt. Eine Verschärfung des Zugangs zum Studium oder der Studienbedingungen ist angesichts der oben diskutierten Tatsachen und Möglichkeiten, das Problem des Fachkräftemangels zu beheben, das am wenigsten taugliche Mittel, wenngleich vielleicht eines der bequemsten, da hierbei keine Kosten entstehen und keine inhaltlichen Konzepte aufgezeigt werden müssen.

*Paul Lüttinger, ZUMA
(Tel.: 0621-1246-268)*

Zustand der öffentlichen Sicherheit beeinträchtigt Wohlbefinden der Bürger

- Befunde zur subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit -

Das Bedürfnis nach Sicherheit gehört zu den wenigen Grundbedürfnissen, über die es einen allgemeinen Konsens gibt. Die Garantie der öffentlichen Sicherheit, d.h. der Schutz der „Unversehrtheit von Leben, Gesundheit, Ehre, Freiheit und Vermögen der Bürger, sowie der Rechtsordnung und der Einrichtungen des Staates“ macht daher eine wesentliche Komponente der Lebensqualität in einer Gesellschaft aus. Dabei hat sich gezeigt, daß die Bürger der öffentlichen Sicherheit eine um so größere Bedeutung für ihre Wohlfahrt beimessen, je mehr sie gefährdet erscheint. Um die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit zu beurteilen, ist neben der faktischen Kriminalitätsbelastung und den objektiven Risiken, Opfer eines Verbrechens zu werden auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger zu berücksichtigen. Ängste und Besorgnisse, Gefühle der Bedrohung und Unsicherheit in der Bevölkerung sind als Maßstab für die Gewährleistung oder Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit nicht weniger bedeutsam als Zahlen über Delikte, Täter und Opfer von Verbrechen, wie sie z.B. die polizeiliche Kriminalstatistik oder spezielle Täter- und Opferbefragungen liefern. Dabei sind die Zusammenhänge zwischen der objektiven Kriminalitätsbelastung und dem subjektiven Sicherheitsempfinden durchaus komplex. In die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit gehen neben der tatsächlichen Gefährdung durch Kriminalität noch weitere Faktoren mit ein: die persönliche Betroffenheit und die Berichterstattung der Medien, über die der Durchschnittsbürger zumeist seine Informationen über Verbrechen bezieht, Unterschiede in den Sicherheitsansprüchen und im Toleranzniveau gegenüber Kriminalität, sowie Unterschiede in der Ängstlichkeit und der Vulnerabilität, d.h. den Möglichkeiten, sich selbst zu schützen und Risiken vorzubeugen.

Anhand verschiedener Indikatoren wird im Folgenden untersucht, wie die öffentliche Sicherheit aus der Sicht der Bürger subjektiv wahrgenommen und bewertet wird. Das Interesse konzentriert sich dabei auf die Frage, welche Ost-West-Unterschiede es diesbezüglich gibt, wie die Bewertungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen differieren und - soweit möglich - welche Veränderungen über die Zeit zu beobachten sind.

Öffentliche Sicherheit genießt in den Augen der Bürger hohe Priorität

In der Beurteilung der Wichtigkeit des Schutzes vor der Kriminalität dokumentiert sich die zentrale Bedeutung, die die Bürger der öffentlichen Sicherheit für ihr Wohlbefinden beimessen (Graphik 1): 56 Prozent der Westdeutschen und sogar 68 Prozent der Ostdeutschen betrachten den Schutz vor Kriminalität als „sehr wichtig“. Damit genießt die öffentliche Sicherheit in den Augen der Bürger auch im Vergleich zu anderen Aspekten der Le-

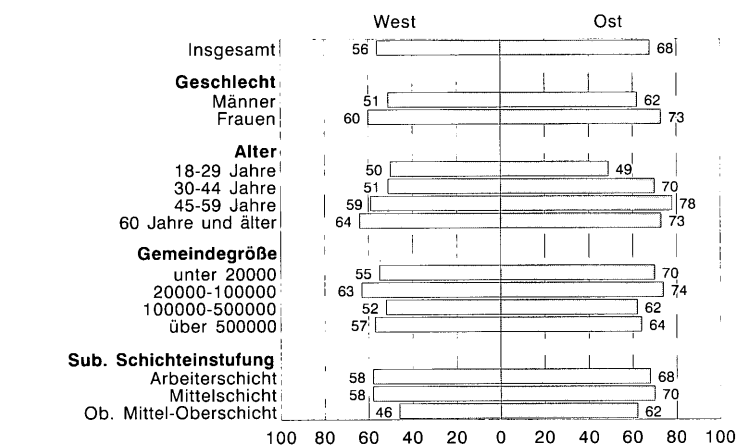
bensbedingungen eine hohe Priorität. In Westdeutschland steht der Schutz vor

Kriminalität an fünfter und in Ostdeutschland sogar an vierter Stelle in der Rangfolge der Wichtigkeit von Lebensbereichen, noch vor der Arbeit und dem Einkommen und in Ostdeutschland auch deutlich vor dem Umweltschutz. Frauen ist der Schutz vor Kriminalität erwartungsgemäß wichtiger als Männern und älteren Menschen wichtiger als jüngeren. Für wie wichtig die öffentliche Sicherheit angesehen wird, hängt zudem mit dem Bildungsniveau, der Schichtzugehörigkeit und der Wertorientierung zusammen: je niedriger das Bildungsniveau und die soziale Schicht und je ausgeprägter eine materialistische Wertorientierung ist, desto höher wird die Wichtigkeit der öffentlichen Sicherheit eingestuft. Diese Zusammenhänge sind in Westdeutschland ausgeprägter als in Ostdeutschland, wo die öffentliche Sicherheit generell als wichtiger eingestuft wird und in ihrer Bedeutung zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen weniger variiert.

Kriminalität bereitet die größten Sorgen nach der Arbeitslosigkeit

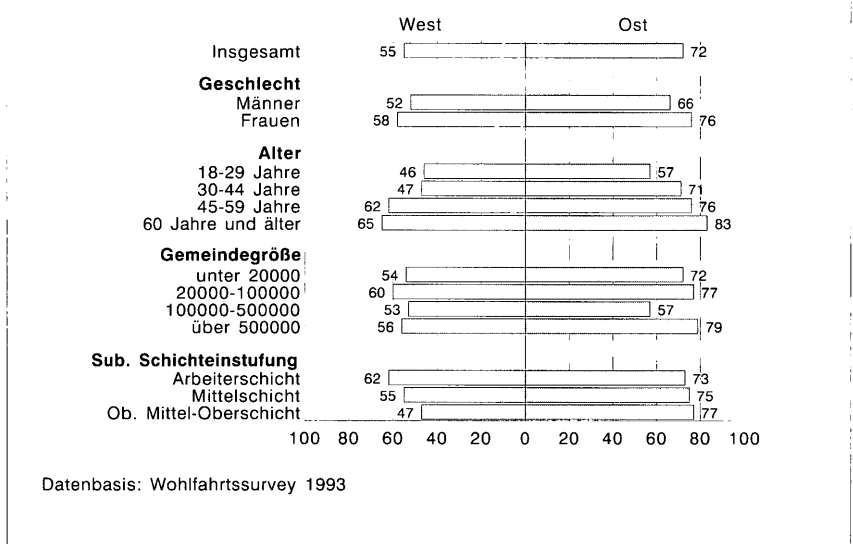
Einen noch höheren Stellenwert nimmt die öffentliche Sicherheit gemessen an den Besorgnissen der Bevölkerung ein. „Große Sorgen“ über die Entwicklung der Kriminalität machten sich 1993 mehr als die Hälfte der westdeutschen und fast drei Viertel der ostdeutschen Bürger (Gra-

Graphik 1 Wichtigkeit des Schutzes vor Kriminalität
Anteil 'sehr wichtig' in %



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993

Graphik 2 Sorgen über die Entwicklung der Kriminalität
Anteil 'große Sorgen' in %



phik 2). Nach der Arbeitslosigkeit ist die Kriminalität damit das gesellschaftliche Problem, das der Bevölkerung derzeit die größten Sorgen bereitet. Gemessen an diesen beiden Indikatoren - der Wichtigkeit für das Wohlbefinden und den Besorgnissen der Bürger - stehen die Fragen der öffentlichen Sicherheit daher nicht zu Unrecht gegenwärtig auch im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und der politischen Diskussion.

In Ost und West große Unzufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit

Betrachtet man, wie zufrieden die Bürger mit der öffentlichen Sicherheit sind, so zeigt sich, daß dieser Aspekt der Lebensverhältnisse im Vergleich zu anderen ausgesprochen kritisch beurteilt wird. In Westdeutschland belegt die öffentliche Sicherheit in der Rangfolge der Zufriedenheiten mit einzelnen Lebensbereichen mit einem Wert von 5,0 auf der von 0 bis 10 reichenden Skala den drittletzten Platz, knapp vor der Zufriedenheit mit dem Umweltschutz und der Zufriedenheit mit der Kirche. In Ostdeutschland fällt das Urteil noch ungünstiger aus. Hier belegt die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit mit einem Wert von 3,6 sogar den letzten Platz in der Rangfolge von Lebensbereichen. Wie sich bei näherer Betrachtung zeigt (Graphik 3), sind Frauen mit der öffentlichen Sicherheit noch

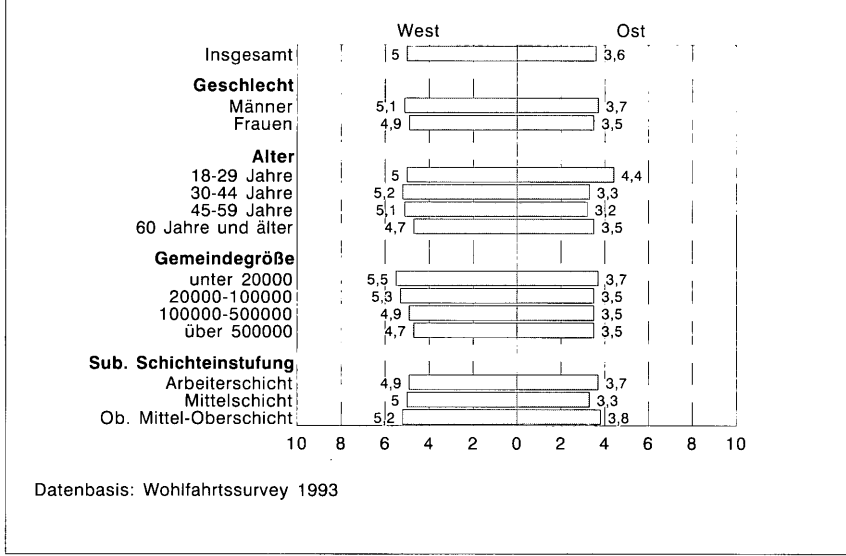
unzufriedener als Männer und - zumindest in Westdeutschland - sind die jüngeren und älteren weniger zufrieden als die mittleren Jahrgänge. In Ostdeutschland sind dagegen die jüngeren deutlich zufriedener als die übrigen Altersgruppen. Nur in Westdeutschland ergibt sich zudem auch ein Zusammenhang mit der Gemeindegröße: mit zunehmender Grö-

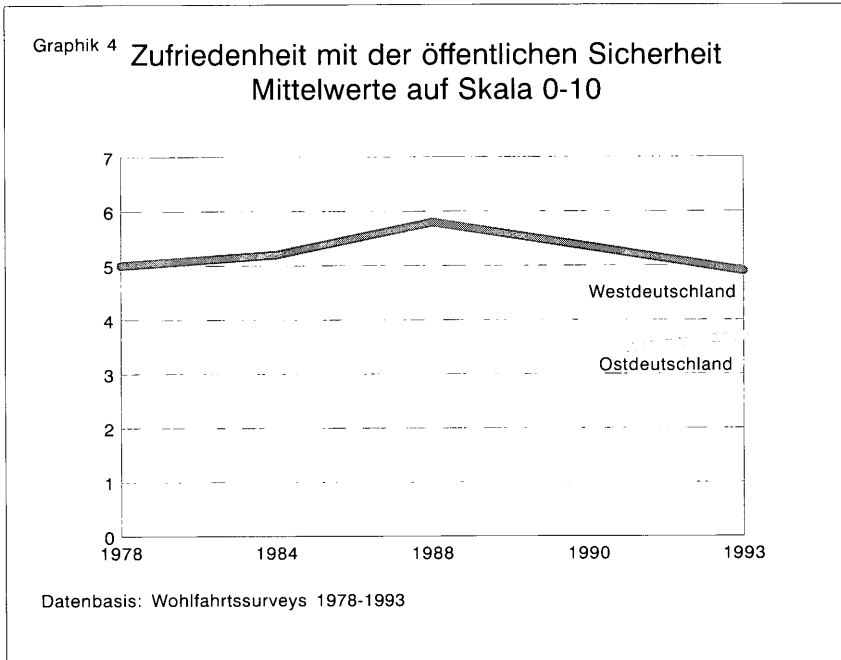
ße - und damit in der Regel auch einer steigenden Kriminalitätsbelastung - des Wohnorts nimmt hier die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit erwartungsgemäß ab.

Unzufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit in Westdeutschland gestiegen

Während sich die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit in Ostdeutschland im Vergleich zu 1990 kaum verändert hat (Graphik 4), ist in Westdeutschland im Vergleich zu 1988 ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Hier hat sich der Trend einer zunehmenden Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit, der zwischen 1978 und 1988 trotz kontinuierlich steigender Kriminalitätsziffern zu beobachten war, seither nicht mehr fortgesetzt. Erklärt wurde diese Auseinanderentwicklung von objektiver Sicherheitslage und subjektiver Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit, der zwischen 1978 und 1988 trotz kontinuierlich steigender Kriminalitätsziffern zu beobachten war, seither nicht mehr fortgesetzt. Erklärt wurde diese Auseinanderentwicklung von objektiver Sicherheitslage und subjektiver Zufriedenheit mit dem Vermögen, Bedrohung und Schädigungen durch Kriminalität auf einem gestiegenen Wohlstandsniveau leichter verkraften zu können. Ob sich diese Haltung mittlerweile verändert hat und die Kriminalität daher inzwischen wieder als bedrohlicher angesehen wird, kann auf der Basis der vorliegenden Daten nicht beurteilt werden. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß die polizeilich registrierte Kri-

Graphik 3 Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit
Durchschnitt auf Skala 0-10





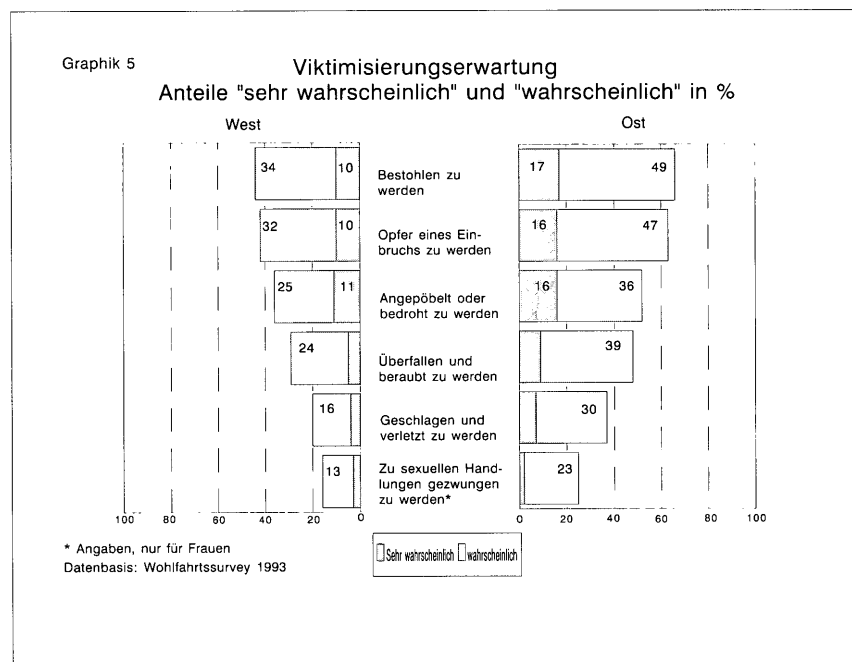
minalität in den achtziger Jahren in Westdeutschland nur noch langsam zugenommen hat und erst am Beginn der neunziger Jahre wieder ein beschleunigter Anstieg zu beobachten war, der sich dann auch in einer abnehmenden Zufriedenheit niedergeschlagen haben dürfte.

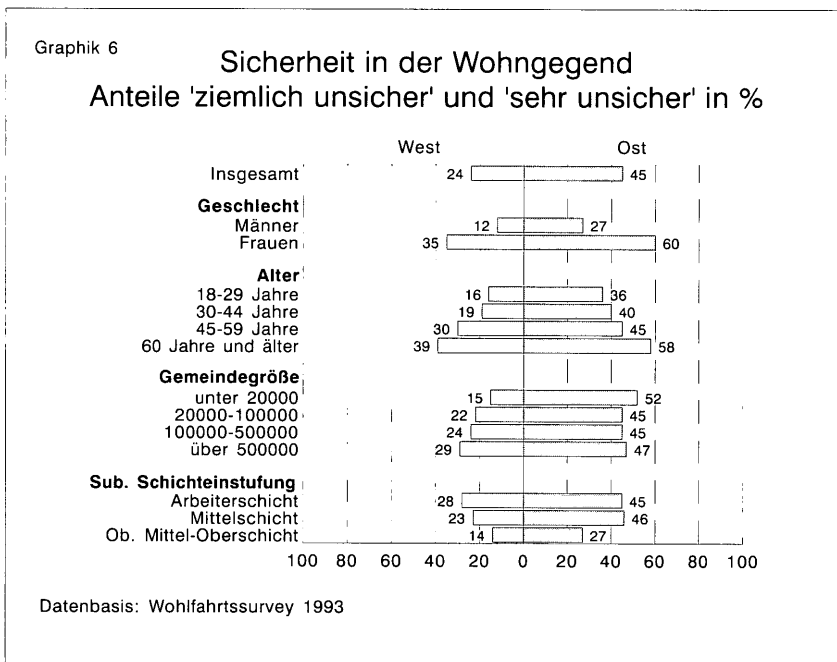
Ein weiterer subjektiver Indikator der öffentlichen Sicherheit ist die Viktimisierungserwartung. Während die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit zum Ausdruck bringt, wie die aktuelle Situation vor dem Hintergrund individueller Ansprüche und Wertorientierungen summarisch beurteilt wird, geht es bei diesem Indikator ganz explizit um die Erwartung, persönlich innerhalb eines konkreten, begrenzten Zeitraums Opfer kriminellen Verhaltens zu werden. Die entsprechende Frage im Rahmen des Wohlfahrtssurveys dazu lautete: „Bitte sagen Sie mir für jede der Situationen, die ich Ihnen gleich nenne, ob Sie es für sehr wahrscheinlich, wahrscheinlich, weniger wahrscheinlich oder für unwahrscheinlich halten, daß Ihnen persönlich innerhalb der nächsten 12 Monate einmal so etwas passiert: angepöbelt oder bedroht zu werden, bestohlen zu werden, geschlagen und verletzt zu werden, überfallen und beraubt zu werden, zu sexuellen Handlungen gezwungen zu werden und Opfer eines Einbruchs zu werden“.

Mehrheit der Bevölkerung rechnet damit, Opfer eines Verbrechens zu werden

Betrachtet man die Ergebnisse (Graphik 5), so ist zunächst bemerkenswert, wie verbreitet die Erwartung ist, persönlich Opfer eines Verbrechens zu werden, und es fällt auf, daß die ostdeutsche Bevölkerung die Viktimisierungsrisiken durch-

gängig höher einschätzt als die westdeutsche. Von den westdeutschen Befragten sehen es immerhin 59 Prozent als „sehr wahrscheinlich“ oder „wahrscheinlich“ an, innerhalb eines Jahres das Opfer von mindestens einem der vorgegebenen Delikte zu werden, von den ostdeutschen sogar 81 Prozent. Im einzelnen erwarten nicht weniger als 45 Prozent der Westdeutschen und zwei Drittel der Ostdeutschen bestohlen zu werden. „Angepöbelt und bedroht zu werden“ halten 36 Prozent der Westdeutschen und 52 Prozent der Ostdeutschen für wahrscheinlich, und immerhin noch fast ein Drittel der Westdeutschen und die Hälfte der Ostdeutschen befürchten, „überfallen und beraubt zu werden“. Von den Frauen sind es 16 Prozent in den alten und 27 Prozent in den neuen Bundesländern, die es als wahrscheinlich ansehen, „zu sexuellen Handlungen gezwungen zu werden“. Welche einzelnen Bevölkerungsgruppen es als mehr oder weniger wahrscheinlich ansehen, Opfer eines Verbrechens zu werden, ist von Delikt zu Delikt unterschiedlich. Zumeist ist jedoch die Erwartung bei Frauen höher als bei Männern, und oft fühlen sich die unteren und oberen Altersgruppen stärker bedroht als die mittleren. In der Regel wird die Wahrscheinlichkeit, Opfer zu werden zudem in kleineren Gemeinden geringer eingeschätzt als in Städten, vor allem als in





Großstädten. Verschiedentlich spielt auch die Wohnform eine Rolle, besonders in Ostdeutschland. Es sind vor allem Mieter von Wohnungen in größeren Wohneinheiten, die es als überdurchschnittlich wahrscheinlich ansehen, z.B. Opfer von Körperverletzungsdelikten, Raubüberfällen und Diebstählen zu werden. Auch wenn es schwierig zu beurteilen ist, wie realistisch diese subjektiven Erwartungen im einzelnen sind, so dokumentieren sie in ihrem Ausmaß insgesamt doch eindringlich, daß große Teile der Bevölkerung gegenwärtig erhebliche Zweifel an der Gewährleistung ihrer persönlichen Sicherheit und des Schutzes vor Kriminalität haben.

Jeder vierte Westdeutsche und jeder zweite Ostdeutsche fühlt sich in seiner Wohngegend nicht sicher

Die subjektiv empfundene Sicherheit in der eigenen Wohngegend ist ein Indikator für die Beurteilung der öffentlichen Sicherheit, mit dem die Aufmerksamkeit ganz bewußt auf das unmittelbare Lebensumfeld fokussiert wird. Die entsprechende Frage des Wohlfahrtssurveys lautet: „Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie hier in dieser Gegend nachts draußen alleine sind? Fühlen Sie sich sehr sicher, ziemlich sicher, ziemlich unsicher oder sehr unsicher?“. Die Ergebnisse dokumentieren

(Graphik 6), daß sich etwa ein Viertel der westdeutschen und fast die Hälfte die ostdeutschen Befragten unter diesen Umständen in ihrer Wohngegend ziemlich unsicher oder sehr unsicher fühlen. Hier wie dort hängt das Sicherheitsempfinden mit dem Geschlecht und dem Alter zusammen: Frauen fühlen sich weniger sicher als Männer und die Unsicherheit nimmt mit steigendem Alter zu. Nur in den alten Bundesländern findet sich zudem ein eindeutiger Zusammenhang mit der Gemeindegröße in der Weise, daß die Empfindung von Unsicherheit mit zunehmender Größe des Wohnorts wächst. Auch der Zusammenhang mit der subjektiven Schichtidentifikation ist in Ostdeutschland deutlich schwächer als in Westdeutschland. Aus der Kombination von Viktimisierungserwartungen und der Beurteilung der Sicherheit in der Wohngegend läßt sich erschließen, daß das Sicherheitsempfinden - wie zu erwarten - besonders durch Delikte beeinträchtigt wird, die die Privatsphäre verletzen und/oder mit Gewalttätigkeit verbunden sind.

Schlechtes Zeugnis für die öffentliche Sicherheit

Als Fazit läßt sich festzuhalten, daß alle subjektiven Indikatoren darauf hindeuten, daß die Bürger der öffentlichen Sicherheit in der Bundesrepublik gegenwärtig ein außerordentlich schlechtes

Zeugnis ausstellen und sich in ihrem Wohlbefinden deutlich beeinträchtigt zeigen. Überraschend und insofern auch besonders erklärungsbedürftig sind die Ost-West-Unterschiede in diesem Ausmaß. Warum sind die Bürger der neuen Bundesländer mit der öffentlichen Sicherheit soviel weniger zufrieden als die Westdeutschen, warum erwarten sie so viel häufiger Opfer eines Delikts zu werden und warum fühlen sie sich in ihrer Wohngegend so viel weniger sicher, obwohl die faktische Kriminalitätsbelastung - gemessen an den Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik - für die Mehrzahl der Delikte wenigstens zur Zeit noch niedriger oder doch zumindest kaum höher als in den alten Bundesländern ist? Entsprechende Analysen deuten darauf hin, daß die materialistischere Wertorientierung in den neuen Bundesländern, die in der Regel mit einem höheren Sicherheitsbedürfnis einhergeht, aber auch die möglicherweise aus der Umbruchsituation resultierenden Orientierungsdefizite und Unsicherheitsgefühle - Faktoren, die in diesem Zusammenhang als Erklärung genannt werden - dafür nur bedingt in Frage kommen. Allem Anschein nach ist es vielmehr die explosionsartige Zunahme der faktischen Kriminalitätsbelastung in Ostdeutschland von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau auf ein den westdeutschen Verhältnissen weitgehend entsprechendes Niveau, auf die die drastischen Ost-West-Unterschiede in der subjektiven Beurteilung der öffentlichen Sicherheit offenbar in erster Linie zurückzuführen sind.

Heinz-Herbert Noll, ZUMA
 (Tel.: 0621-1246-241)

Wandel der Lebensverhältnisse in Deutschland

Konferenz der Sektion Sozialindikatoren der DGS in Berlin

Die „Angleichung und Ungleichheit der Lebensverhältnisse in Deutschland“ war Thema einer Konferenz, die am 17. und 18. März 1994 im WZB stattfand. Die Tagung wurde im Rahmen der Sektion Sozialindikatoren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie durch Wolfgang Glatzer (Universität Frankfurt/Main) und Heinz-Herbert Noll (ZUMA, Mannheim) organisiert und von der Kommission für die Beobachtung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern sowie der Arbeitsgruppe „Sozialberichterstattung“ des WZB unterstützt.

Etwa 100 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen diskutierten die Frage, inwieweit sich die Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland seit der Wiedervereinigung gewandelt haben und inwieweit sich das Wohlstandsgefälle gemildert hat. Damit wurde eine Veranstaltungsreihe fortgesetzt, die 1991 mit der Zielsetzung einer kontinuierlichen Beobachtung der gesellschaftlichen Entwicklung im vereinigten Deutschland begonnen hat. Dargestellt und diskutiert wurden die - recht unterschiedlichen - Entwicklungsverläufe in den Bereichen Arbeit und Arbeitsmarkt, Einkommen und Lebenslagen, Lebensformen und Lebensstile sowie Lebensqualität und Wertewandel.

In einem ersten Schwerpunkt stand die Dynamik der Arbeitsmarktentwicklung in den neuen und alten Bundesländern im Vordergrund: Klaus Parmentier (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg) analysierte den ungleichmäßigen Beschäftigungseinbruch seit 1989. Auf die Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen in Ost und West ging Rolf Jansen vom Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin, ein. Mit der Erwerbsbeteiligung von Frauen befaßten sich Elke Holst und Jürgen Schupp vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin. Bei nach wie vor ungebrochener Erwerbsneigung sind ihren Analysen zufolge ostdeutsche Frauen insbesondere beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt benachteiligt.

Ein weiterer Problembereich betraf Fragen sozialer Ungleichheit und Armut: Klaus Müller und Richard Hauser (beide Universität Frankfurt/Main) stellten auf der Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels fest, daß die Einkommensungleichheit in Ostdeutschland zwar zugenommen hat, die Schere im Westen jedoch noch weiter auseinanderklafft. Die wachsende Armut in Ost und West war auch Gegenstand des Vortrags von Walter Hanesch (Fachhochschule Darmstadt). Eine mit einheitlichen Armutsgrenzen operierende Betrachtung wirft wegen der daraus resultierenden Unterschätzung dieses Problems im Westen und der Konzentration in Ostdeutschland noch besondere Probleme auf.

Mit einer von Armut besonders betroffenen Gruppe - den Kindern - beschäftigte sich Bernhard Nauck (Technische Universität Chemnitz). Zu den Gewinnern des Transformationsprozesses gehören bislang die Rentner. Über die soziale Lage älterer Menschen referierte Hans-Peter Schwitzer (Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Brandenburg, Potsdam). Probleme werden demnach vor allem für die nächste „Rentnergeneration“ erwartet, wenn Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Vorruhestand die Rentenbezüge in erheblichem Umfang negativ beeinflussen. Zum Thema unterschiedlicher Lebensformen und Lebensstile analysierten Horst Berger, Wilhelm Hinrichs, Eckhard Priller und Annett Schultz (alle WZB) die Entwicklung privater Haushalte und Haushaltsstrategien. Verschiedene Haushaltstypen reagieren danach durchaus angemessen auf neue Herausforderungen, beispielsweise durch Sparen, Mobilität oder Weiterbildungsaktivitäten. Dem Wandel von Familienformen im Westen und der wachsenden subjektiven Bedeutung der weniger werdenden Kinder widmete sich Hans Bertram (Humboldt-Universität zu Berlin). Annette Spellerberg (WZB) stellte Ergebnisse ihrer Untersuchung zu Lebensstilen im Ost-West-Vergleich vor. Familiäre, bescheidene Lebensstile sind demnach im Osten (noch) verbreiteter als im Westen.

Aus der gerade durchgeführten Zeitbudget-Erhebung in der Bundesrepublik Deutschland präsentierte Manfred Ehling (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden) erste Befunde zur Zeitverwendung in Ost und West. Die Annäherung von Werthaltungen in beiden Landesteilen behandelte Thomas Gensicke (Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer). Ein weiterer Themenschwerpunkt lag auf dem subjektiven Wohlbefinden der Bürger. Heinz-Herbert Noll und Helmut Schröder (ZUMA, Mannheim, und WZB) nahmen in ihrem Vortrag eine Bestandsaufnahme der öffentlichen Sicherheit anhand amtlicher Statistiken und Daten aus dem Wohlfahrtssurvey 1993 vor. Die subjektiv wahrgenommene Belastung durch Kriminalitätserscheinungen und Auswirkungen auf die Lebensqualität wurde anhand von Ergebnissen aus dem Wohlfahrtssurvey 1993 vorgestellt.

Ebenfalls auf der Basis dieses Surveys ermittelte Roland Habich (WZB) eine Annäherung der Grundorientierungen und Bewertungsmuster in beiden Landesteilen.

Als Resümee wurde festgestellt, daß in den meisten Bereichen eine Anpassung der Ostdeutschen an die westdeutschen Lebensverhältnisse zu beobachten ist, teils erwünscht, teils unerwünscht. Darüber hinaus sind auch Rückwirkungen der Vereinigung auf die alten Bundesländer festzustellen. Insgesamt zeichnet sich die Herausbildung einer neuen Problemkonstellation mit neuen Spannungslinien ab, die für die kommenden Jahre kennzeichnend bleiben wird. Ein Tagungsband ist in Vorbereitung und wird im Herbst 1994 unter dem Titel „Getrennt - Vereint - Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung“ im Campus-Verlag erscheinen.

*Wolfgang Glatzer, J.W.Goethe-Universität Frankfurt
(Tel.: 069-798-3584)*

*Roland Habich, Wissenschaftszentrum
Berlin für Sozialforschung
(Tel.: 030-25491-591)*

Verbesserungen der Umwelt im Osten - doch für die Bürger gibt es zur Zeit Wichtigeres

Umweltsituation und Umweltbeurteilung

Nicht erst seit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten sind die unterschiedlichen Umweltbedingungen in Ost und West ein Thema. Schon seit langem klagen Bürger der altindustrialisierten Gebiete, der Regionen Leipzig, Halle und Cottbus über den beißenden Rauch und die braune Luft in den Wintermonaten. Die Region Bitterfeld steht oft beispielhaft für die Vielfalt der Belastungen, unter denen die Menschen leiden. Dort werden besonders im Winter hohe Luftverunreinigungen gemessen, es bestehen Wasser- und Bodenkontaminationen, und zudem gibt es dort viele Verdachtsflächen für Industrialtlasten, die erst in den kommenden Jahren in vollem Umfang erfaßt werden können. Deshalb ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben nach der politischen Wiedervereinigung, auch für annähernd gleichwertige natürliche Umweltbedingungen für die Menschen in Ost und West zu sorgen.

Im folgenden sollen hier sowohl die Veränderungen der objektiven Umweltbedingungen als auch deren Rezeption, d.h. die Beurteilung des Umweltschutzes, die „subjektive Umweltqualität“, betrachtet werden. Die Kombination von objektiven und subjektiven Indikatoren ermöglicht es, einen umfassenden Eindruck zu gewinnen und neben den faktischen Veränderungen auch die Auswirkungen auf das „individuelle Wohl“ der Bürger zu beobachten.

Die natürliche Umwelt des Menschen umfaßt ein großes Spektrum, das von Wasser über Boden bis hin zur Luft reicht. Somit können die Beeinträchtigungen sowohl ein Mangel als auch eine Verunreinigung eines dieser Umweltgüter darstellen. Stellvertretend für die Vielzahl von Indikatoren, die für eine Beschreibung der Umweltsituation herangezogen werden müßten, wird sich an dieser Stelle auf die Qualität der Luft und deren Verunreinigung beschränkt. Saubere Luft gehört zu den lebensnotwendigen Grundelementen und die verschiedenen Aspekte der Luftreinhaltung werden schon seit langer Zeit beobachtet und gemessen, so daß es aufgrund der Datenlage möglich ist, Aussagen über einen längeren Zeitraum zu treffen. Der Schwerpunkt der Betrachtung wird auf dem Vergleich zwischen den neuen und alten Bundesländern liegen, da hier schon in der Vergangenheit große Unterschiede in der Umweltqualität bestanden und von besonderem Interesse ist, wie sich die Verhältnisse in der jüngsten Zeit entwickelt haben.

kg/Kopf im Jahr 1991 zurück, d.h. es fand in 20 Jahren ein Rückgang auf ein Viertel des Ausgangswertes statt. Ähnlich verhält es sich mit den Staubemissionen, die in den alten Bundesländern im selben Zeitraum von 21,4 kg/Kopf auf 7,0 kg/Kopf zurückgingen.

Dagegen setzten wirkungsvolle Maßnahmen gegen Luftverunreinigungen im Osten erst mit der Wiedervereinigung ein. Die schwierige Ausgangssituation im Osten läßt sich daran ermessen, daß die im Osten Ende der achtziger Jahre gemessenen Emissionswerte die Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre beobachteten Maximalwerte des Westens noch um ein fünffaches überschreiten.

Im Vergleich mit den aktuellen Werten der beiden Teile Deutschlands lagen die Schwefeldioxidemissionen im Osten um das 20fache, die Staubemissionen um das 18fache höher als im Westen. Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, setzten die Verbesserungen im Westen bereits vor mehr als 20 Jahren ein, während im Osten die Schwefeldioxid- und Staubemissionen in diesem Zeitraum weiter anstiegen bzw. nur geringfügig abnahmen und erst seit der Wende deutlich zurückgehen.

Um die Verbreitung des Schadstoffes Schwefeldioxid zu beurteilen, ist es aufgrund der großen regionalen Unterschiede erforderlich, über den Ost-West-Vergleich hinausgehend eine regionale Differenzierung vorzunehmen. Daher wurde für die Situation unmittelbar nach der Wende 1989 ein Karte auf Kreisebene erstellt, in der die Emissionswerte für alle 543 Kreise sowohl von Haushalten und Kleinverbrauchern als auch von Industrie und Kraftwerken dargestellt sind. Leider

Deutliche Verbesserungen der Luft im Osten

Im Westen ist die Belastung der Luft mit den „klassischen“ Schadstoffen Schwefeldioxid und Staub bereits in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich zurückgegangen. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß für Großfeuerungsanlagen (Kraftwerke) strenge Verordnungen erlassen wurden, so daß die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte (sowohl nach EG-Norm, als auch nach der deutschen TA Luft) mittlerweile unterschritten werden. So gingen die Schwefeldioxid-Emissionen in Westdeutschland von 61,8 kg/Kopf im Jahr 1970 auf 15,47

Tabelle 1: Luftverunreinigungen - Emissionen (in kg/Kopf/Jahr)

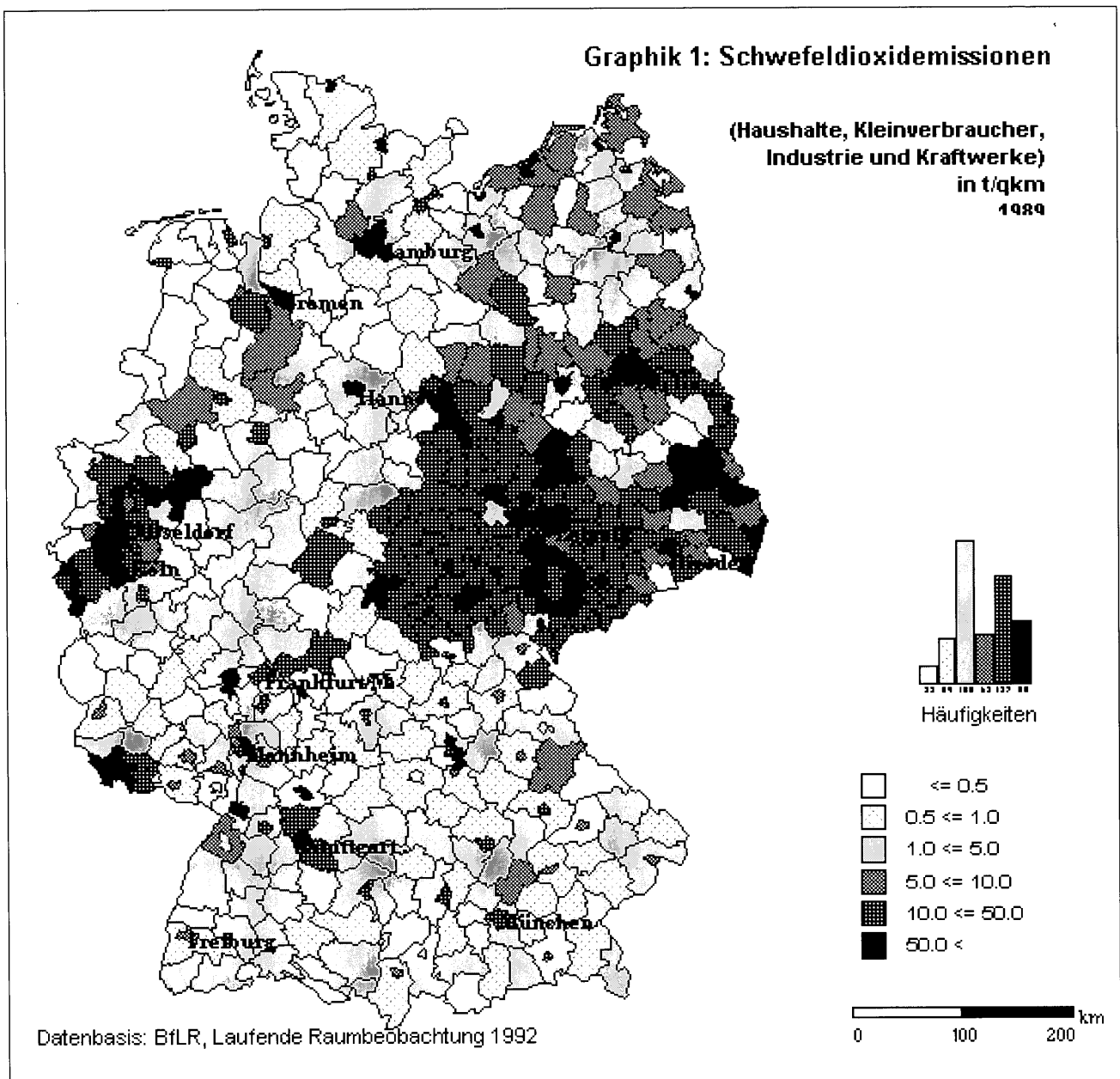
	Schwefeldioxid		Staub		Stickoxide	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
1966	57,5		29,6		33,0	
1970	61,8		21,4		38,8	
1975	54,7	242,7	13,1	160,5	41,2	36,2
1980	52,0	259,3	11,2	149,2	47,9	37,6
1985	40,2	323,5	9,4	141,3	48,4	40,3
1989	15,5	315,1	7,6	125,3	43,8	42,1
1990	15,8	297,9	7,1	121,0	41,1	36,6
1991	15,5	223,1	7,0	84,9	41,4	30,8

Datenbasis: Daten zur Umwelt 1990/91 und 1992/93, Hrsg. Umweltbundesamt

liegen auf Kreisbasis noch keine neuen Daten vor, so daß ein Vergleich mit aktuellen Werten auf der gleichen regionalen Ebene leider nicht möglich ist. Aus der jüngsten Zeit liegen lediglich Angaben über die Höhe der Gesamtemissionen vor, die für Schwefeldioxid in den neuen Ländern von 5,25 Mio.t (315,1 kg/Kopf/Jahr) 1989 bereits 1990 auf 4,75 Mio.t (223,1 kg/Kopf/Jahr) gesunken sind und für Stäube in einem Jahr von 2,10 Mio.t (125,3 kg/Kopf/Jahr) auf 1,85 Mio.t (84,9 kg/Kopf/Jahr) zurückgingen. Wie Graphik 1 ver-

deutlicht, konzentrieren sich die extrem belasteten Gebiete auf den Süden der neuen Bundesländer. So sind in Thüringen und in den westlichen Teilen Sachsens in den Städten (Leipzig, Chemnitz), aber auch in Kreisen, die nicht zu den großen Verdichtungsräumen zählen, wie Cottbus, Bitterfeld oder Zittau und Görlitz extrem hohe Belastungen zu verzeichnen. Als Ursachen für diese Konzentration sind hohe Siedlungsdichte, hohe Industriedichte und zudem ungünstige Kessel- und Tallagen der Orte am Mittelge-

birgsrand zu nennen. Auch die Verbrennung der vor Ort gewonnenen sehr schwefelhaltigen Braunkohle in Anlagen, die nicht dem modernsten Stand der Technik entsprechen, trägt zu den hohen Werten in diesen Kreisen bei. Gleichzeitig sind in unmittelbarer Nähe zu diesen Kreisen im Erzgebirge allerdings auch gering belastete Gebiete anzutreffen, so daß es unzutreffend wäre, ganz Sachsen als Belastungsgebiet zu bezeichnen. In den vergangenen Jahren hat sich die Situation in den neuen Ländern dadurch



verbessert, daß Kraftwerke und Industrieanlagen stillgelegt wurden. Allerdings sind durch die hohen Anteile der privaten Kleinverbraucher und Haushalte am Schadstoffausstoß noch immer hohe Emissionen besonders in den Wintermonaten zu erwarten.

Im Westen gibt es ebenfalls einige Gebiete, in denen trotz aller Verbesserungen noch über 100 t/qkm jährlich emittiert werden. Dazu zählen die Kreise des Ruhrgebietes, sowie die Städte Mannheim, Heilbronn, Nürnberg/Erlangen, Mainz/Wiesbaden oder auch Aachen und Kiel, die ebenfalls hohe Schwefeldioxidemissionen aufweisen. Allerdings sind im Westen nur kleine und nicht große zusammenhängende Flächen von den hohen Emissionen betroffen. Zudem ist der Anteil der Kleinverbraucher und Haushalte als Verursacher an den Schwefeldioxidemissionen geringer als im Osten, so daß hier gezielt gegen die geringere Zahl der Emissionsquellen vorgegangen werden kann.

Betrachtet man die Schadstoffgruppe der Stickoxide, so ist der Rückgang der Belastungen im Westen schwächer als bei Schwefeldioxid und die Werte der kg/Kopf/Emission sind höher als im Osten. Zurückzuführen ist dies auf die Verbrei-

terung von PKWs, die - vor allem in den städtischen Ballungsgebieten - zu den Hauptemittenten dieses Schadstoffs zählen. Hier wurden Verbesserungen in den Großfeuerungsanlagen weitgehend durch das gestiegene Verkehrsaufkommen wieder zunichte gemacht. Deshalb muß berücksichtigt werden, daß der Rückgang der Stickoxide in den neuen Bundesländern ausschließlich auf einen Rückgang der Großemittenten Industrie und Kraftwerke zurückzuführen ist. Die Stickstoffdioxidemissionen der PKWs sind dagegen von 1989 bis 1991 weiter angestiegen. Während der Anteil des Straßenverkehrs an den Emissionen noch 1989 in den neuen Ländern bei nur 18% lag (West 56%), so ist er hier mittlerweile 1991 auf 31% (West 58%) angestiegen. Für die ostdeutschen Ballungsgebiete ist daher auch weiterhin mit einem Anstieg zu rechnen, da hier der Motorisierungsgrad in den vergangenen Jahren dramatisch zugenommen hat.

Zusammenfassend stellt sich die Entwicklung in den neuen Ländern bis 1993 folgendermaßen dar: es ist ein Rückgang sämtlicher Luftverunreinigungen zu beobachten, der allerdings von einem Niveau ausgeht, das achtzehn- bis zwanzigfach höher liegt als im Westen. Der Rück-

gang der Emission von Stickoxiden wird allerdings durch die zunehmende Motorisierung bald aufgehoben werden.

Es stellt sich nun die Frage, wie diese Entwicklungen von der Bevölkerung wahrgenommen und beurteilt werden und welchen Einfluß sie auf die „individuelle Wohlfahrt“ haben. Dazu wurden als Indikatoren die „Zufriedenheit mit dem Umweltschutz“ als summarische Beurteilung und die „Klagen und Sorgen über den Umweltschutz“ mit einzelnen Bereichen wie Wasser, Luft und Lärm in der unmittelbaren Wohnumgebung herangezogen.

Zufriedenheit mit dem Umweltschutz steigt im Osten

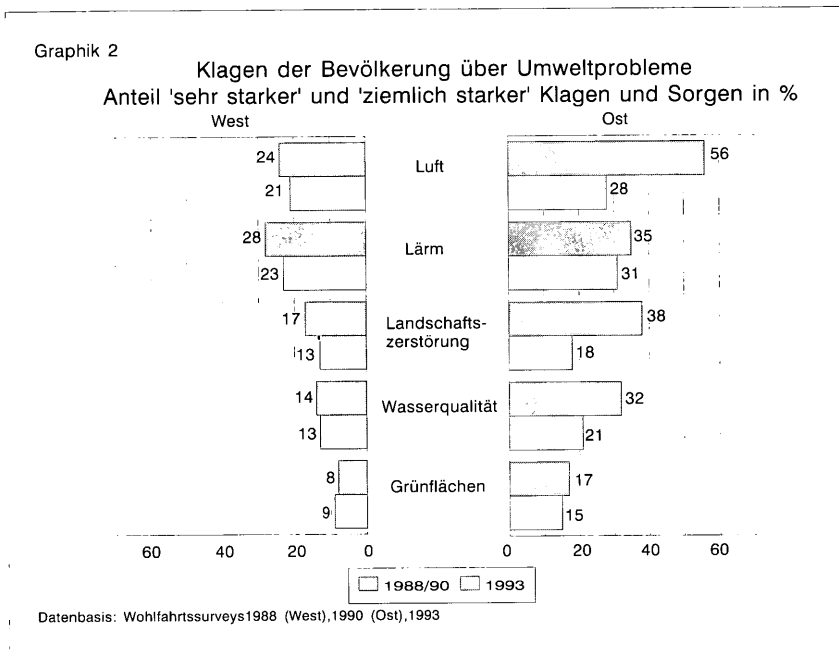
Im Vergleich mit anderen „Zufriedenheiten“ rangierte die Zufriedenheit mit dem Umweltschutz fast immer auf den niedrigsten Plätzen. Vor allem im Jahr 1988 im Westen und 1990 im Osten war die Zufriedenheit mit dem Umweltschutz niedriger als in allen anderen Bereichen (1988 West: 4,5; 1990 Ost: 2,2; Skala: 0=ganz und gar unzufrieden, 10=ganz und gar zufrieden). Allerdings wird der unterste Rangplatz der Zufriedenheit 1993 in den neuen Bundesländern nicht mehr von der Zufriedenheit mit dem Umweltschutz (1993 Ost:4,8), sondern von der Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit (1993 Ost: 3,4) eingenommen. Der absolute Tiefpunkt in der Umweltzufriedenheit wurde im Osten 1990 erreicht (2,2), was in zeitlicher Übereinstimmung mit den Maxima der Luftschadstoffwerte liegt. Mittlerweile ist die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Umweltschutz 1993 im Osten mit 4,8 auf denselben Wert wie im Westen angestiegen (vgl. Tabelle 2). Die Zunahme der Zufriedenheit betrifft sämtliche Altersgruppen, und auch das Ausmaß der Veränderung ist in allen Altersstufen identisch. Die ausgeprägte Unzufriedenheit mit dem Umweltschutz in den jüngeren Jahrgängen bestand bereits in den Jahren zuvor und dürfte mit dem ausgeprägten Umweltbewußtsein der jüngeren Generationen zusammenhängen (Tabelle 2).

Die Zufriedenheit mit dem Umweltschutz 1993 reicht sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland nahezu an das hohe Niveau heran (4,8), das in Westdeutschland 1978 (5,0) erreicht wurde. Der Befund, daß die Zufriedenheit trotz des mittlerweile geschärften Problembewußtseins (von 3,8 West 1984, 4,5 West 1988 und

Tabelle 2: Zufriedenheit mit dem Umweltschutz in West- und Ostdeutschland

	Zufriedenheit* mit dem Umweltschutz					
	Westdeutschland Ø			Ostdeutschland Ø		
	1978	1984	1988	1993	1990	1993
Insgesamt	5,0	3,8	4,5	4,8	2,2	4,8
Alter						
18-30jährige	4,4	3,1	3,7	4,1	1,9	4,3
31-44jährige	5,1	3,8	4,2	4,5	2,0	4,6
45-64jährige	5,2	4,1	4,7	5,1	2,3	5,2
über 65jährige	5,2	4,5	5,2	5,6	2,6	5,1
Ortstyp						
Dorf	5,3	4,1	4,6	5,2	2,6	5,1
Kleinstadt**	5,1	3,8	4,3	4,6	2,0	5,0
Mittlere Stadt***	5,2	3,7	4,4	4,9	2,5	4,8
Großstadt	4,5	3,7	4,2	4,6	1,9	4,3
Vorort einer Großstadt	4,5	3,6	4,8	4,6	2,4	4,4

* Mittelwerte auf der Zufriedenheitsskala von 0= ganz und gar unzufrieden bis 10= ganz und gar zufrieden ** bis 30.000 Einwohner *** bis 100.000 Einwohner
Datenbasis: Wohlfahrtssurveys 1978, 1984, 1988, 1990 (Ost), 1993 (West und Ost)



2,2 Ost 1990) wieder zugenommen hat, kann darauf hindeuten, daß die Verbesserungen auch tatsächlich wahrgenommen werden. Besonders der Anstieg der Zufriedenheit in den neuen Bundesländern kann dahingehend interpretiert werden, daß die abnehmenden Schadstoffwerte als Erfolge im Umweltschutz honoriert werden. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings auch, daß es andere Bereiche gibt, wie z.B. die öffentliche Sicherheit, in denen die Probleme größer geworden sind, so daß die Wichtigkeit des Umweltschutzes abgenommen hat und gleichzeitig die Zufriedenheit mit dem Umweltschutz angestiegen ist, da andere öffentliche Bereiche, als wichtiger und problematischer eingeschätzt werden.

Ein Vergleich der Typen des Wohnortes zeigt, daß nun gleichermaßen in Ost- wie auch in Westdeutschland in den Dörfern und in den mittelgroßen Städten (zwischen 30.000 und 100.000 Einwohnern) die höchste Zufriedenheit mit dem Umweltschutz festzustellen ist. In den neuen und alten Bundesländern ist die Beurteilung des Umweltschutzes in den „Großstädten“ und den „Vororten einer Großstadt“ am schlechtesten, was bei der regionalen Konzentration der meisten Schadstoffe (siehe oben) zu erwarten ist.

Klagen und Sorgen über Umweltschutz gehen zurück

Mit der Frage „Denken Sie einmal an den Ort, wo Sie jetzt leben - ich meine an die unmittelbare Umgebung Ihrer Wohnung. Haben Sie in folgenden Dingen ... sehr stark, ziemlich stark, weniger stark, gar nicht Grund zur Klage?“ wurden die Klagen und Sorgen der Bevölkerung zu einzelnen Umweltaspekten erfragt. Mit dem direkten Bezug auf die Wohnumgebung wird die unmittelbare Betroffenheit erfaßt, während mit der „Zufriedenheit mit dem Umweltschutz“ eher eine umfassende Bewertung von Umweltschutzmaßnahmen thematisiert wird.

Der Anteil derjenigen, die „sehr“ und „ziemlich“ starke Klagen und Sorgen äußerten, hat sich in den vergangenen drei Jahren zwischen den Bewohnern Ostdeutschlands und denen der alten Bundesländer weitgehend angeglichen (1993 West: 59%, Ost: 57%). Während im ersten Jahr nach der Wende noch mehr als die Hälfte der neuen Bundesbürger über Luftverunreinigungen klagte (56%), hat sich der Wert inzwischen um die Hälfte auf 28% reduziert. (Graphik 2)

In den alten Bundesländern hat sich die Beurteilung der wohnortnahen Umweltsituation über den gesamten Zeitraum von 1988 bis 1993 nur wenig verändert. Ein leichter Rückgang der Klagen und Sorgen

in fast allen Umweltbereichen, bzw. eine Stagnation, drückt aus, daß sich in den Augen der „alten“ Bundesbürger im Bereich Umwelt nicht viel verändert hat. Die beiden größten Probleme stellen mittlerweile in beiden Teilen Deutschlands die Lärmbelästigung und Luftverunreinigungen dar. Betrachtet man den Einfluß des Ortstyps auf die Beurteilung der Umweltsituation, so ist wenig überraschend, daß sich in Großstädten die höchsten Anteile an Befragten befinden, die „sehr starke“ oder „ziemlich starke“ Klagen in nahezu allen Bereichen der Umwelt äußern. In den alten Bundesländern erreicht allerdings die Betroffenheit durch Lärmbelästigung auch in mittelgroßen Städten hohe Werte, 1988 sogar höhere als in den Großstädten. Wie zu erwarten, haben Bewohner von Dörfern am wenigsten Grund zur Klage hinsichtlich der erfaßten Umweltbedingungen, wobei auch hier zwischen den Jahren 1988 und 1993 noch spürbare Verbesserungen eingetreten sind.

In Ostdeutschland wurden unmittelbar nach der Wende besonders die Luftverunreinigungen in mittleren Städten und in den Großstädten als besorgniserregend empfunden. In diesen Ortstypen hat sich der Anteil derer, die starke und sehr starke Klagen äußern, in den darauffolgenden drei Jahren halbiert (Graphik 2). Dies ist vermutlich auf die bereits 1990 einsetzenden Schließungen und Nachrüstungen der Industrie- und Kraftwerkanlagen zurückzuführen. Das Umweltproblem Lärm hat sich dagegen in seiner Bedeutung kaum verändert, und der Anteil derer, die starke und sehr starke Klagen äußern, stagniert in allen Ortstypen. Auf diesem Gebiet besteht offenbar in allen Regionen in Ost und West noch großer Handlungsbedarf.

Zunehmende Zufriedenheit bei abnehmender Wichtigkeit

Trotz der Verbesserungen hinsichtlich sämtlicher Luftverunreinigungen in den neuen Bundesländern ist die Luftqualität noch deutlich schlechter als in den alten Bundesländern. Bedenklich stimmt die Tatsache, daß in allen Bereichen, in denen Großunternehmen oder der Staat eingreifen, bereits spürbare Verbesserungen erreicht werden konnten, jedoch dort, wo individuelle Einschränkungen notwendig sind, eher Verschlechterungen zu erwarten sind. Zudem sollte berücksichtigt werden, daß durch die zunehmende Wichtig-

keit anderer Lebensbereiche im Osten, wie z.B. dem der öffentlichen Sicherheit, oder der Angst vor einem Arbeitsplatzverlust, der Bereich Umwelt einen Bedeutungsverlust erfahren mußte. Es sind zwar große Verbesserungen eingetreten, jedoch sind die zunehmende Zufriedenheit und die rückläufigen Klagen über den Umweltschutz auch im Licht der abnehmenden Wichtigkeit zu bewerten.

Trotz aller Verbesserungen bleibt jedoch im Vergleich mit anderen Sorgen der Deutschen die Sorge um den Umweltschutz mit 59% Anteil großer Sorgen im Westen und 57% im Osten diejenige, die unverändert an erster Stelle der Nennungen steht. Daher sollten die Bemühungen um dieses „Sorgenkind“ der Deutschen trotz der hier aufgezeigten spürbaren Verbesserungen in den neuen Bundesländern auch in den nächsten Jahren nicht nachlassen.

*Caroline Kramer, ZUMA
(Tel.: 0621-1246-244)*

Sozialberichterstattung: Berichtssysteme für einzelne Lebensbereiche und Teilpopulationen

**Workshop der Abteilung Soziale Indikatoren
Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen**

10. bis 11. November 1994

Die Sozialberichterstattung war in den vergangenen Jahren unter anderem durch eine Tendenz der inhaltlichen Differenzierung und Spezialisierung gekennzeichnet. Neben übergreifenden Ansätzen wurden von der amtlichen Statistik, von Ministerien, Verbänden und der Wissenschaft eine Reihe von spezialisierten Berichtssystemen entwickelt, die auf bestimmte Lebens- und Politikbereiche, wie Gesundheit, Umwelt, Bildung, soziale Probleme, wie Armut oder einzelne Bevölkerungsgruppen, z.B. Frauen, Kinder oder Senioren ausgerichtet sind. Entsprechende Konzepte der Sozialberichterstattung haben auch für die politische Diskussion über die soziale Lage und Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung zunehmende Bedeutung erlangt.

Im Rahmen des Workshops sollen die wichtigsten Berichtssysteme dieser Art von Experten der jeweiligen Institutionen vorgestellt werden. Interessenten aus Praxis und Wissenschaft wird damit Gelegenheit geboten, sich einen Gesamtüberblick über den aktuellen Stand dieser Form der Sozialberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland zu verschaffen, sich mit den zugrundeliegenden Konzepten und vorliegenden Ergebnissen vertraut zu machen sowie die Nutzungsmöglichkeiten und Entwicklungsperspektiven zu erörtern.

Der Workshop wird von Heinz-Herbert Noll organisiert und betreut. Interessenten werden gebeten, sich bis zum 30. September beim Tagungssekretariat von ZUMA anzumelden. Für die Teilnahme wird eine Gebühr von DM 60,- erhoben.

Zentrum für Umfragen Methoden und Analysen (ZUMA) e.V.
Postfach 12 21 55, 68072 Mannheim, B 2, 1
Telefon: (06 21) 12 46 - 0, Telefax: (06 21) 12 46 - 100

Portrait der Regionen

- 183 Regionen der 12 EG-Mitgliedsstaaten im Überblick -

Um der regionalen Vielfalt der Europäischen Gemeinschaft auch im Berichtswesen gerecht zu werden, haben verschiedene Dienststellen der Kommission in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Mitgliedsstaaten ein umfangreiches dreibändiges „Portrait der Regionen“ herausgegeben. Das aufwendig gestaltete Werk soll ergänzend zu dem von Eurostat publizierten statistischen Jahrbuch „Regionen“ über die sozioökonomischen Verhältnisse der Mitgliedsstaaten informieren. Es leistet einen wesentlichen Beitrag zu einer europaweiten Sozialberichterstattung, da es gelungen ist, zahlreiche gesellschaftlich relevante Informationen für sämtliche Mitgliedsstaaten zusammenzutragen. Vor allem wird hier den bedeutenden regionalen Unterschieden Rechnung getragen, die sowohl innerhalb der Mitgliedsstaaten als auch im nationalen Vergleich stärkere Berücksichtigung finden sollen.

Band 1 umfaßt die Länder Deutschland, Belgien, Niederlande, Luxemburg und Dänemark, Band 2 Frankreich, Großbritannien und Irland und Band 3 Portugal, Spanien, Italien und Griechenland. Den jeweiligen Nationalstaaten ist auf einer halben Seite ein grober Überblick gewidmet, danach folgt für jede Ebene „NUTS1“ (in Deutschland sind dies 16 Bundesländer) ein sechsseitiger, für jede weitere regionale Ebene der „NUTS2“ (in Deutschland zählen dazu 40 Regierungsbezirke) ein je zweiseitiger Report nach einem einheitlichen Muster. Diese konsequente Gleichbehandlung jeder Region und der einheitliche Aufbau der Seiten, der sowohl die Anzahl/ bzw. den Inhalt der Tabellen als auch die Platzierung der Abbildungen und die Gestaltung der Überblickskarten einschließt, ermöglichen eine schnelle Orientierung trotz der Fülle von Information.

Die Vorstellung der Regionen (NUTS1) und der Teilregionen (NUTS2) erfolgt nach folgendem Aufbau: die erste Seite mit einer kleinen Übersichtskarte, in der die Lage der Region innerhalb des Staatsgebietes markiert ist, und einer Photographie, die meist eine kulturelle Sehens-

würdigkeit oder eine charakteristische Landschaft der Region darstellt, enthält Informationen zu Topographie, Klima, Verwaltungsgliederung und einige Besonderheiten, wie Verkehrsanbindung und vieles mehr. Daneben werden kurz Stärken und Schwächen der Regionen kommentiert und in einer Graphik einige wesentliche soziostrukturelle Merkmale der Region (wie z.B. Bevölkerungsdichte, Altersstruktur, Erwerbsquoten etc.) im Vergleich zur Europäischen Gemeinschaft abgetragen. Die darauffolgende Seite umfaßt eine Karte der Region, eine Tabelle, in der für die nächsttieferen regionalen Ebenen einige Strukturvariablen zusammengestellt sind, und einen Text, der die Disparitäten innerhalb der jeweiligen Region behandelt. Für die Haupteinheiten folgen weitere vier Seiten, die nach vergleichbarem Muster Tabellen, Graphiken und kurze Texte zu den Themen Bevölkerungsstruktur und -entwicklung, Ausbildung und Arbeitsplatzangebot, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsstruktur und Umwelt enthalten.

Besonders aufschlußreich sind die detaillierten Angaben für die kleineren räumlichen Einheiten (für Deutschland: Kreise und kreisfreie Städte), durch die eine „zoom“-artige Vertiefung der Information möglich ist. Allerdings konnte diese Aufgliederung nicht in derselben Tiefe für die neuen Bundesländer erreicht werden, so daß für diesen Fall auf eine Neuauflage gehofft werden muß.

Ein Vergleich der Regionen europaweit wurde durch einen kleinen Exkurs geleistet, in dem für jede vorgestellte Region einige „ähnliche“ Regionen in Europa genannt werden. So erfährt man z.B., daß bezüglich der Fläche Bayern mit Irland vergleichbar ist, in der Bevölkerungsgröße der Regierungsbezirk Stuttgart der Region Toscana ähnelt und hinsichtlich der Erwerbsstruktur der Regierungsbezirk Darmstadt am ehesten mit den Regionen Yorkshire oder Antwerpen verglichen werden kann, wo ebenfalls mehr als 60% der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor beschäftigt sind.

Ein deutliches Schwergewicht liegt auf den beiden Lebensbereichen Bevölkerung und Wirtschaft bzw. Arbeit, die als zentrale Antriebsfedern die Dynamik der Regionen bestimmen. Insofern ist das „Portrait der Regionen“ für alle Sozialwissenschaftler, die zu diesen Themen europaweit arbeiten, ein hilfreiches Nachschlagewerk, sei es, um Vorkenntnisse zu erhalten oder um eigene Datenanalysen zu stützen. In diesem Fall ist regionale Tiefe nicht mit inhaltlichen Defiziten erkaufte worden, sondern durch Konzentration auf einige Bereiche sinnvoll eingesetzt. Auch die gelungene Mischung von Statistik in „Wort und Bild“ kommt der Lesbarkeit dieses Werkes zugute und ist daher der weit gefassten Zielgruppe durchaus angemessen.

Dennoch sind die drei Bände - erhältlich in den Sprachen Deutsch, Englisch und Französisch - mit insgesamt ca. 1000 Seiten und zum Preis von 250 ECU (oder 525.-DM) eine Anschaffung, die sich kleinere Institute, Schulen oder gar „Personen, die ihre Kenntnisse über Europa und die Vielfalt seiner Regionen erweitern möchten“ sicher nicht einfach leisten können. Was leider der „Objektivität der Statistiker“ (oder dem jeweiligen zentralstaatlichen Interesse) zum Opfer fiel, sind Probleme der einzelnen Regionen, die in die Kategorie „politisch/separatistisch“ hineinreichen. Es wäre zumindest eine Andeutung dieser Thematik z.B. für das Baskenland oder Korsika angebracht gewesen, da gerade bei letztgenannter Region eine Behandlung des Fremdenverkehrs ohne die dahinter stehenden Probleme unvollständig bleiben muß.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Eurostat, Generaldirektion Regionalpolitik: Portrait der Regionen. 3 Bde, Luxemburg, 1993. ISBN 92-825-3221-0, 250 ECU (525.- DM)

Caroline Kramer, ZUMA
(Tel.: 0621-1246-244)

20 Jahre ZUMA

Symposium zum Stand der empirischen Sozialforschung 6. Oktober 1994 in Mannheim

Das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen feiert in diesem Jahr sein 20jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß veranstaltet ZUMA am 6. Oktober in Mannheim ein wissenschaftliches Symposium zum aktuellen Stand und zur zukünftigen Entwicklung der empirischen Sozialforschung. Damit soll ein Beitrag zur Diskussion aktueller und zukünftiger Methodenforschung und ihrer gesellschaftspraktischen Verwertung geleistet werden.

Die Tagung beginnt am Donnerstag, dem 6. 10.1994 um 9.00 Uhr mit einem einstündigen Plenumsvortrag von Elihu Katz (Philadelphia und Jerusalem) „Press-Conversation-Opinion- Action: Gabriel Tarde's „Public Sphere““ im großen Hörsaal der Universität Mannheim in A3 und wird danach parallel in drei Hörsälen des Mannheimer Schlosses mit je drei Vormittags- und Nachmittags-Sektionen zum aktuellen Stand der Methodenentwicklung fortgesetzt.

Folgende Bereiche werden auf dem Symposium diskutiert:

- Theorie (Leitung: Peter Ph. Mohler) 10.30 - 12.45 Uhr
- Demographie (Leitung: Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik) 10.30 - 12.45 Uhr
- Sozialberichterstattung (Leitung: H.-H. Noll) 10.30 - 13.00 Uhr
- Analyse sozialwissenschaftlicher Daten (Leitung: Frank Faulbaum) 13.45 - 16.00 Uhr
- Umfragen (Leitung: Michael Braun) 13.45 - 16.00 Uhr
- Mikrodaten der amtlichen Statistik (Leitung: Bernhard Schimpl-Neimanns) 13.45 - 16.00 Uhr

Für die Sektion „Sozialberichterstattung“ ist folgendes Programm vorgesehen:

- **Wolfgang Glatzer** (Frankfurt/M.): Die Beobachtung langfristiger Entwicklungstrends.
- **Franz Rothenbacher** (Mannheim): Familienberichterstattung in und für Europa.
- **Stefan Weick** (Mannheim): Querschnitt- und Längsschnittindikatoren in der Sozialberichterstattung.
- **Roland Habich** (Berlin): Lebenslagen und Lebensqualität in Deutschland: Ergebnisse der Wohlfahrtssurveys.
- **Ruut Veenhoven** (Rotterdam): The Livability of Nations.

Interessenten werden gebeten, sich bis zum 1. August 1994 beim Tagungssekretariat von ZUMA unter dem Stichwort „20 Jahre ZUMA“ anzumelden. Die Anmeldung muß folgende Informationen enthalten:

Name, Postadresse, Fax-Nr. oder E-mail Adresse.

Welche Sektionen beabsichtigen Sie vormittags und nachmittags zu besuchen? (ein Wechsel zwischen den Sektionen innerhalb eines Zeitblocks ist nicht vorgesehen) Rechtzeitige Hotelreservierung wird empfohlen (zeitgleich Buchmesse Frankfurt/Main.)

Impressum

Herausgeber:
Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

ZUMA ist Mitglied der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) e.V.

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon: (06 21) 12 46 - 0
Telefax: (06 21) 12 46 - 100

Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion:
Dr. Caroline Kramer, Stefan Weick

Satz und Druck:
Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck; Beleg erbeten
ISSN 0935-218X